

Herbert Kubicek

Kabel im Haus – Satellit überm Dach

Ein Informationsbuch
zur aktuellen Mediendiskussion



Rowohlt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
1. «Neue Medien»: Überblick und technische Grundlagen	14
Begriffswirrwarr bei den «Neuen Medien»	14
Technische Grundbegriffe in der Verkabelungsdiskussion	16
2. Die aktuelle politische Situation:	
Chancen und Risiken der Breitbandverkabelung	21
Bemühungen der Bundesregierung und der Bundespost	21
Interessenten an der Breitbandverkabelung	23
Chancen und Gefahren für den einzelnen und die Medienlandschaft	25
Kabelfernsehen als Speck in der Mausefalle?	28
3. Kabelfernsehen und Breitbandverteilnetze:	
Zuständigkeiten, technische Grundlagen und aktueller Stand	30
Zuständigkeiten für Netze und Inhalte	30
Pluralismusgebot des Bundesverfassungsgerichts	31
Die Trennung von Netzträgerschaft und Programmhoheit	34
Technische Eigenschaften von Breitbandverteilnetzen und ihre medienpolitische Bedeutung	35
Private Gemeinschaftsantennenanlagen	36
Breitbandverteilnetze der Bundespost als öffentliche Anschlußstellen	38
Übertragungskapazitäten der Netze und private Empfangsmöglichkeiten	39
Mehr Kanäle heißt nicht mehr Programme	41
Investitionen, Anschlußzahlen und Gebühren	42

Kabelanschluß und Mietrecht: Zwangsanschluß für (Sozial-)Mieter?	50
Technische Möglichkeiten zur Einspeisung zusätzlicher Programme in Kabelnetze	53
Heranführung zusätzlicher Programme über Richtfunk	54
Satellitenfernsehen	56
Pay-TV als neue Form des Fernsehens	65
Zusammenfassung: Die Bundespost als Eisbrecher zur Veränderung der Medienlandschaft	68
4. Die Kabel«pilot»projekte	71
Entstehung, Organisation, Angebot und Finanzierung	71
Pluralismusgebot des Bundesverfassungsgerichts, Beteiligung der Gewerkschaften und «offener Kanal»	77
Erweiterung des Dienstangebots und Erprobung von «Zweiwegkommunikation» mit Rückkanal	80
Das fernsteuer- und adressierbare Teilnehmerkonverter-System (FATS): Übergang zu Vermittlungsstrukturen im Verteilnetz	83
Konsequenzen für die Einschätzung der Kabel«pilot»projekte	87
Ist die Finanzierung der Kabel«pilot»projekte rechtswidrig (geworden)?	90
5. Veränderungstendenzen bei den rundfunk- und fernmelde-rechtlichen Rahmenbedingungen: Privatisierung von Programmen und Netzen	94
Landesgesetze zur Ermöglichung privater Rundfunkveranstaltungen	94
Baden-Württemberg	94
Niedersachsen	96
Schleswig-Holstein	99
Bayern	101

Unterlaufen des Rundfunkrechts durch ausländische Sender und Satellitenfernsehen	103
Medienpolitische Wende bei der SPD?	105
Kooperationsmodelle der Bundespost als Schritt zur Privatisierung der Netzträgerschaft	109
6. Kommunale Sonderdienste, kommunale Investitionen und kommunale Netzträgerschaft	117
Die Kommunen werden umworben	117
Breitbandkabelanlagen und kommunale Dienste	120
Zusatzdienste als Absicherung der Finanzierung?	124
Können Kommunen eine Breitbandverkabelung beschließen oder selbst vornehmen?	127
7. Die Diskussion über die Sicherung von Arbeitsplätzen	131
Kein besonderer zusätzlicher Beschäftigungseffekt durch Breitbandverkabelung	131
Wachstumsmarkt Endgeräte und Programmproduktion?	134
Arbeitsplatzverluste durch Breitbandverkabelung?	138
8. Grenzen für den Ausbau der Breitbandverteilstetze	140
Geringe Anschlußbereitschaft bei den privaten Haushalten	140
Voraussichtliche Kosten der Kabelfernsehteilnehmer	144
Der Kaufkraftspielraum der privaten Haushalte	148
Private Unternehmen verhalten sich abwartend	150
9. Der Verzicht auf die Diskussion von Alternativen	155
Videorecorder und Videocassetten	155
Videotext und andere Fernmeldedienste	156
Reform der bestehenden Rundfunkanstalten	157
Es muß also mehr dahinterstecken	157

10. Verkabelung aus Arbeitnehmersicht	159
Versuch einer zusammenfassenden Beurteilung der Breitbandverkabelung aus Arbeitnehmersicht	159
Die gegenwärtigen Arbeits- und Lebensbedingungen als Ausgangspunkt	159
Massive Investitionen für die Breitbandverkabelung	160
Doppelte Privatisierung als gesellschaftspolitisches Ziel	161
Neuere Entwicklungen leiten über zu Rationalisierungsstrukturen	162
Breitbandverkabelung im Gesamtzusammenhang der technischen Entwicklung	163
Gewerkschaftliche Beschlußlage, Herausforderungen und Handlungsperspektiven	164
Die gewerkschaftliche Beschlußlage	165
Gewerkschaftliche Einschätzungen: «Angriff auf Kopf, Konto und Arbeitsplatz» und der Mensch als «biologisches Endgerät»	166
Gewerkschaftliche Herausforderungen	168
Schlußfolgerungen für Handlungsperspektiven	171
Informationsblatt des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz	176
Stichwortverzeichnis	184